

Berlin aktuell

Gernot Erler, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Die Sommerpause ist vorbei, und wir blicken auf ereignisreiche kommende Monate. Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb sind wir bestens aufgestellt. Mit einer guten Fraktionsklausur und einem hervorragenden Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern sind wir in den Herbst gestartet.

Die Ausgangslage für Schwarz-Gelb zur Halbzeit der Legislaturperiode ist dagegen verheerend: Union und FDP wirken getrieben und überfordert, ratlos und zerstritten. Innerhalb der Koalitionsparteien wachsen Unmut und Verunsicherung. Die Menschen haben das Vertrauen in das Krisenmanagement der Regierung verloren.

Wir haben uns in dieser Woche im Plenum als starke, solide und verlässliche Alternative präsentiert. Diesen Weg werden wir in den kommenden Wochen fortsetzen. Wir machen unseren Anspruch deutlich, das Land zu modernisieren, Herausforderungen und Zukunftsaufgaben anzupacken und Deutschland stärker und gerechter zu machen: „Unser Projekt heißt Zukunft.“

Euer



Inhaltsverzeichnis

02	Generaldebatte zum Bundeshaushalt	08	Das wünschen sich die Bürger für 2020
03	Gabriel geißelt Merkels Schlingerkurs	09	Personalie
05	SPD begrüßt Urteil des BVG	09	Pressemitteilungen
05	Jacques Delors: „Europa muss handeln!“	11	Rede
06	Ungenügende Zwischenbilanz schwarz-gelber Kulturpolitik		
07	Auftakt zum Zukunftsdialog		

IMPRESSUM:
GERNOT ERLER, MDB
STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER
SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel. 030/227 75735
Fax. 030/227 76735
E-Mail: gernot.erler@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gernot Erler, MdB
Günterstalstr. 33
79102 Freiburg
Tel. 0761/382629
Fax. 0761/24865
E-Mail: gernot.erler@bundestag.de

www.gernot-erler.de

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Generaldebatte zum Haushalt

Die Weltwirtschaft kommt nicht zur Ruhe, Krisen gehören zum Alltag, die Finanzmärkte sind zur permanenten Bedrohung für die globale Wirtschaft und die Gesellschaften geworden. Griechenland droht der Bankrott und dem Euro die Zerreißprobe. Im Mittelpunkt der Generaldebatte im Deutschen Bundestag zum Haushalt (Drs. 17/6600, 17/6601) standen dementsprechend die Rettung des Euro und die Zukunft Europas.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, eröffnete die so genannte Elefantenrunde im Plenum und lieferte einen fulminanten Rundumschlag gegen die schwarz-gelbe Koalition ab. Er rechnete auf allen Feldern mit der Bundesregierung ab und zählte deren größte Fehler auf.

Zunächst aber kondolierte Steinmeier Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Tode ihres Vaters. „Das ist ein tiefer Einschnitt“, betonte Steinmeier. Bei aller Schärfe der Auseinandersetzung gehöre es zur politischen Kultur, dass man sich über alle Parteigrenzen hinweg achte und respektiere, er möchte daher der Bundeskanzlerin im Namen seiner gesamten Fraktion das Mitgefühl ausdrücken.

Dann ging es los. Steinmeier erklärte die Regierung zur „schlechtesten Regierung seit Jahrzehnten. Keine Bundesregierung vor Ihnen hat jemals eine so katastrophale Halbzeitbilanz abgeliefert wie Sie“, rief er dem Kabinett zu. Steinmeier warf der schwarz-gelben Koalition vor, mit ihrem „Nichthandeln“ in der Finanzkrise die Demokratie zu gefährden. Die Politik müsse die Kontrolle über die Märkte zurückgewinnen. Andernfalls „bleiben die Leute bei den Wahlen zuhause, und das geht an die Grundfesten der Demokratie“, warnte er. Darum müssten alle Politiker mit vereinten Kräften zusammenarbeiten, um den Vertrauensverlust, der durch die miserable Arbeit dieser Regierung entstanden sei, wieder wettzumachen.

"Es gibt keine Regeln auf den Finanzmärkten"

Allzu oft nämlich wird den Politikern ganz allgemein die Schuld in die Schuhe geschoben. Fakt ist aber auch: Ohne die zerstörerische Kraft der Banken, Hedgefonds und anderer Investmentgesellschaften stünde die Welt heute nicht so nah am Abgrund.

Es sei dringend geboten, endlich Regeln für die wuchernden Finanzmärkte aufzustellen. „Es müssen Regeln an die Stelle von Regellosigkeit gesetzt werden“, sagte Steinmeier. Denn ohne Regeln, das müsse auch die FDP endlich erkennen, „geht doch die Freiheit vor die Hunde“. Er attackierte den CDU-Fraktionschef Volker Kauder ebenso wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, weil sie ihren großen Ankündigungen, die Finanzmärkte stärker an die Kette zu legen, keine Taten folgen ließen. Dabei, so Steinmeier, hätten das doch beide zur Zeit der Großen Koalition noch so vehement unterstützt. „Wann kommt endlich die Einhegung der Hedgefonds?“, fragte Steinmeier und konstatierte: „Es gibt keine Regeln auf den Finanzmärkten“. Und nur Verweise auf eventuell kommende Verbote reichten nicht aus.

Hilflose Kanzlerin

Hilflos erwiderte die Kanzlerin in ihrer Rede, dass man ja mehr verbieten wolle, aber Märkte arbeiteten ja international, und darum könne man das allein nicht schaffen. Sie berief sich auf die Bankenabgabe – dabei ist die unter so viele Einschränkungen gestellt, dass sie kaum etwas bewirkt. Sie ist eine Nebelbombe.

Zu der Tatsache, dass sich die Banken, die eben noch von den Staaten gerettet wurden, sich nun als Richter über eben diese Staaten aufschwingen, fiel der Kanzlerin nichts ein. Frank-Walter Steinmeier stellte dazu fest, das Einzige, was der Regierung wirklich wichtig sei, sei das Festhalten an längst überholten Mantras wie Steuersenkungen. „Dabei“, so Steinmeier, „hat sich die Wirklichkeit dramatisch verändert und verlangt neue Antworten der Politik“. Auch die Linken hätten nicht immer Recht, aber die Neuverschuldung sei noch immer so hoch, dass dies wirklich nicht die Zeit sei, um die Steuern zu senken. „Wenn jetzt sogar die Millionäre rufen ‚Besteuert uns!‘, dann muss Ihnen das doch zu denken geben“, sagte Steinmeier in Richtung der FDP und forderte: „Suchen Sie endlich nach Lösungen!“

Politik des periodischen Dementis

Mit Blick auf die Eurokrise warf er der Regierung Orientierungslosigkeit in der Europapolitik vor. „Ihre Politik ist keine Politik der kleinen Schritte, es ist die Politik des periodischen Dementis“, sagte Steinmeier. Die Regierung übernehme nach sechs Monaten jeweils die Positionen, die die SPD vorher in der Europapolitik vertreten habe. So habe die Regierung vor rund einem Jahr zunächst erklärt, kein Geld für das kriselnde Griechenland zahlen zu wollen. „Dann flossen Milliarden.“ Später habe es geheißsen, der Euro-Rettungsschirm werde nie gebraucht. „Dann kamen Irland und Portugal.“ Deshalb müsse sich Finanzminister Wolfgang Schäuble nicht wundern, wenn seine Ablehnung von Euro-Bonds heute in Wahrheit als Ankündigung dieses Instruments verstanden werde.

In Richtung Wolfgang Schäuble konstatierte der Fraktionschef, dass Schäuble nicht andere belehren brauche, sondern lieber um Unterstützung der übrigen Parteien werben solle, wenn es ihm wirklich um Europa gehe. Das Nichthandeln in der Schuldenkrise sei verantwortlich für die nötigen Anleiheaufkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB), sagte Steinmeier. „Es hat an Mut, an Führung gefühlt.“ Mit dem Abschieben der Verantwortung auf die EZB würden aber weitreichende Entscheidungen letztlich vorbei am Parlament getroffen. „Wir brauchen eine Road-map für eine Währungsunion, die diesen Namen wirklich verdient“, sagte er. Weil es der Regierung aber an Mut und Ideen fehle, treibe das europäische Schiff orientierungslos vor sich hin.

Zu den Eurobonds: Auch die SPD wolle keine unkonditionierte Einführung gemeinsamer Staatsanleihen in der Euro-Zone, sondern nur dann, wenn es auch Durchgriffsmöglichkeiten auf diejenigen Staaten gebe, die sie in Anspruch nehmen, klärte Steinmeier auf.

Steinmeier kritisierte zudem das Steuerabkommen mit der Schweiz und die Vereinbarung zur privaten Gläubigerbeteiligung am neuen Griechenland-Paket. Diese sei ein „Etikettenschwindel“, weil die Banken viel zu gut behandelt würden. Die Regierung bereite auch damit „die größte sozialpolitische Umverteilung der letzten Jahrzehnte vor.“

"Sie sind aus der Zeit gefallen"

In Wahrheit sei es so, dass die FDP, die heute Wege aus der Krise sucht, gegen alles gestimmt habe, was aus der Krise herausgeführt hat. „Es geht Deutschland heute besser als anderen europäischen Ländern, weil wir rechtzeitig unsere Hausaufgaben gemacht haben“, sagte Steinmeier, und zwar nicht nur in der Großen Koalition, sondern bereits zu Zeiten von Rot-Grün. Damals regierte ein Kanzler, erklärte Steinmeier, für den galt: „Erst das Land, dann die Partei“.

Wer nach Schwarz-Gelb regiere, übernehme ein schweres Erbe, sagte der SPD-Fraktionschef in Richtung Merkel und FDP. „Sie haben keine Sprache für die neue Wirklichkeit, Sie sind aus der Zeit gefallen“. „Jeder Tag ist für Deutschland ein Gewinn, an dem Sie nicht mehr regieren. Nur eines ist schlimmer als Ihr Handeln – Ihr Nichthandeln!“

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, bezeichnete die Koalition als „Schuldenkönige von Deutschland“. Der von Schwarz-Gelb genehmigte Haushalt 2010 habe mit 80 Mrd. Euro die höchste Neuverschuldung in der Geschichte besessen. Der FDP warf er vor, im Bundestag gegen die Schuldenbremse gestimmt zu haben, weil sie mit dem Schuldengeld Geschenke an die Klientel, etwa Hoteliers, finanzieren wollte. Selbst der Bundespräsident habe der Regierung attestiert, mit leeren Händen dazustehen. Aus all den Ankündigungen sei nichts geworden. Oppermann: „Sie schaffen es ja nicht mal, ein anwendbares Wahlrecht zu gestalten. Sie sind menschlich und politisch ausgebrannt. Sie können es einfach nicht!“

Gabriel geißelt Merkels Schlingerkurs

Die Plenarsitzung am Donnerstag begann mit der 1. Lesung zur Erweiterung des europäischen Rettungsschirms EFSF (Drs. 17/6916). Zunächst gedachte das Parlament dem SPD-Urgestein Hans Apel, der 79-

jährig in Hamburg verstarb. Bundestagspräsident Lammert sagte, Apel habe ein Vierteljahrhundert im Bundestag gesessen und die Geschicke des Landes als Bundesminister mitgestaltet. Apel prägte übrigens den Spruch „Ich glaub, mich tritt ein Pferd“.

Nach Wolfgang Schäubles Rede eröffnete der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel die Debatte um die Änderung des EFSF-Rahmenvertrags mit einem Angriff auf seinen Vorredner, den Finanzminister: „Sie sind kein überzeugter Europäer. Warum hätten Sie sonst die Finanzmärkte mit Ihrer Haltung so verwirrt?“, fragte Gabriel. „Warum haben Sie zugelassen, dass die gesamte europäische und internationale Politik und die Finanzmärkte über die deutsche Haltung irritiert und verunsichert worden ist?“ Schäuble sei es doch gemeinsam mit der Kanzlerin gewesen, die beide sagten, sie wollen den Griechen keine Hilfen geben, um es dann doch zu tun. Gabriel zitiert auch FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle: „Sie haben in einem Interview gesagt, die Griechen bekämen nicht einen Cent. Und nun?“

Er ging noch weiter: „Eine Wirtschaftsregierung haben Sie auch alle immer abgelehnt. Nun wollen Sie sie gemeinsam mit Nicolas Sarkozy doch einführen.“ Gabriel stellte klar, dass er der Bundesregierung nicht vorwerfe, ihre Haltung zu ändern. Denn sich rasant verändernde Situationen in der Eurozone lassen oft keine Wahl. „Was ich Ihnen vorwerfe ist Ihre Selbstgerechtigkeit, mit der Sie noch gestern hier im Parlament aufgetreten sind und glaubten, uns belehren zu müssen.“ Dabei habe er sich selbst wieder und wieder geirrt und musste sich korrigieren.“ Gabriel weiter: „Frau Merkel und Sie sind wie zwei Zauberlehrlinge, die die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden.“

Er warf der Kanzlerin erneut ein zu zögerliches Agieren in der Eurokrise vor. Merkel nehme „lieber die Risiken eines schwachen Euro in Kauf, als Souveränität an Europa abzugeben“. Gabriel sprach sich erneut für eine stärkere Einflussnahme der EU-Institutionen auf die Finanz- und Steuerpolitik verschuldeter Mitgliedstaaten aus. Eine entsprechende Änderung des EU-Vertrags sei mittelfristig nötig, „nur so schaffen wir auf Dauer Stabilität“.

Merkels absurdes Nein zu Eurobonds konterte der Parteichef. „Wer haftet denn für die Schuldtitel, die die Europäische Zentralbank aufkaufen musste, weil Sie keine Entscheidung getroffen haben?“ Mit 130 Milliarden Euro hingen dadurch die Euro-Staaten mit drin, so Gabriel. „Das sind die ersten Merkel-Bonds“. Der rüde Umgang der Bundesregierung mit der EZB habe erst zu diesen Maßnahmen geführt. Die Bank sei „vom Stabilitätsanker zur europäischen Bad Bank geworden“. Und, so erklärte Gabriel, an diesem Tag nun gehe man den zweiten Schritt in Richtung Vergemeinschaftung von Schulden, nämlich durch den Ankauf von Schuldtiteln mittels EFSF. „Das ist die zweite Tranche der Merkel-Bonds“, stellte Gabriel fest. Deutschland hafte bereits mit rund 200 Milliarden Euro.

Verlustsozialismus der Banken

Dennoch seien dies die ersten richtigen Schritte der Regierung, und darum gehe die SPD-Fraktion diesen Weg auch mit. Gabriel forderte, dass derart korrupte Regierungen wie die ehemalige konservative Regierung Griechenlands nie wieder an die Macht kommen dürften. Ganz klar sei aber auch: „Die Beinahe-Pleite mancher Staaten ist nicht nur die Schuld der Regierungen. Es ist vor allem die Schuld der Banken und Spekulanten, die die Länder an den Rand des Ruins getrieben haben. Der Verlustsozialismus der Banken führte erst dazu!“ Die deutsche Regierung arbeite mit „Propagandaparolen“.

Gabriel wandte sich an die FDP. Dass diese Partei bei der Neuverschuldung Deutschlands und der unsicheren Lage immer noch Steuern senken wolle, sei nicht mehr zu begreifen. Erst hätten Guido Westerwelle und Co. Irland als tollen Niedriglohnstandort gepriesen – und jetzt? „Bei uns wurden die Steuern weggenommen und dann dort in Steuerdumping gesteckt.“ Die Ansichten der FDP müssten wohl auch damit zusammenhängen, dass die Liberalen noch immer davor Furcht hätten, die Finanzmärkte zu regulieren. Dabei, so Gabriel, sei die Eurokrise vor allem eine „Krise der Verwahrlosung der Banken“. Einmal in Fahrt legte Gabriel nach und wandte sich an den gesamten Deutschen Bundestag: „Wir dulden das nicht mehr, dieses Spiel der Finanzspekulation. Das berührt die Demokratie.“

Auch die Arbeitsministerin von der Leyen und deren krude Goldvorschläge ging Gabriel an. „Sorgen Sie lieber für Arbeitsprogramme für Jugendliche und für Bildung, das stärkt die Zukunft Europas!“

Kühler Konter

Da meldete sich der Peter Altmaier von der CDU/CSU-Fraktion mit einer Zwischenfrage: Ob Gabriel denn wisse, dass Karl Schiller, der zuvor so gelobt worden sei, aus der SPD ausgetreten sei, weil er angeblich deren Finanzpolitik nicht akzeptabel fand und dass Helmut Schmidt zu seiner Zeit für hohe Arbeitslosigkeit und Inflation gesorgt habe?

Gabriel konterte kühl, dass Karl Schiller später wieder in die SPD eingetreten sei und einen Kurs vertrat, der bestand aus Wohlstand, Stabilität und Gleichgewicht und dass Helmut Schmidt einer der größten Europäer sei und gemeinsam mit Valerie Giscard d'Estaing Europas Vereinigung wesentlich vorangetrieben habe. Auch Helmut Kohl sei ein Europa-Visionär gewesen. „Heute haben wir leider nur noch Angela Merkel. Es droht Kompetenzverlust.“

"Man darf sein eigenes Volk nicht aufwiegeln"

Das war auch das Stichwort für Gabriels Frage Richtung Regierungsbank. „An wen soll ein hochverschuldetes Land eigentlich seine Kompetenzen abgeben? An die Europäische Union oder an Banken, die nur spekulieren?“

Um Europa zu stabilisieren müsse endlich wieder investiert werden. An Merkel gewandt sagte Gabriel: „Sie wollten in der Bild-Zeitung die eiserne Kanzlerin sei, die den Griechen keinen Cent gibt. Stattdessen haben Sie das Volk in die die falsche Richtung geführt. Man darf sein eigenes Volk nicht aufwiegeln.“

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Axel Schäfer ergänzte in seiner Rede, dass es nicht in Ordnung sei, einen privatrechtlichen Vertrag wie jenen von der EFSF, der aber hoheitliche Aufgaben beinhalte, nicht dem Bundestag vorzulegen – wie es Wolfgang Schäuble gern wollte. Mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts postulierte Schäfer, dass eine europäische Stärkung heutzutage nur integrativ, aber nicht auf Dauer intergouvernemental gelingen könne. Schließlich gebe es funktionierende Institutionen: die EU-Kommission und das EU-Parlament. Beide müssten gestärkt werden.

SPD begrüßt Urteil des BVerfG

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Griechenlandpaket/Euro-Rettung erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer:

„Es ist eine gute Nachricht für Deutschland und Europa, dass die Kläger gescheitert sind. Die Verfassungsrichter haben die Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt. So gehen die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages durch das Urteil gestärkt hervor. Die Richter in Karlsruhe stellen in ihrem Urteil unter anderem fest, dass es keinen Automatismus für Zahlungen geben darf, der die Rechte des Bundestags aushebelt. Auch muss der Bundestag die Kontrolle über grundlegende haushaltsrechtliche Entscheidungen behalten. Diese dürfen nicht auf andere übertragen werden. Hilfsmaßnahmen wie beispielsweise das Euro-Rettungspaket sind im einzelnen zu billigen.“

FRAKTIONSKLAUSUR

Jacques Delors: „Europa muss handeln!“

Hohen Besuch empfing die SPD-Bundestagsfraktion zu ihrer Klausursitzung im Reichstagsgebäude. Jacques Delors, ehemaliger EU-Kommissionspräsident (1985 bis 1995) und stolze 86 Jahre alt, begeisterte die Abgeordneten mit einer fulminanten Rede zur Rettung des Euro und zur Stabilität Europas. Dabei machte er auch vor kritischen Anmerkungen nicht halt, etwa dass es immer mehr Persönlichkeiten auf der europäischen Ebene gebe, dadurch aber alles auch komplizierter werde. Und dennoch: 60 Jahre Frieden

in Europa seien nicht selbstverständlich.

Für Sozialdemokraten sei die Refinanzierungskrise der Eurozone auch deshalb so bedeutsam, weil es um den Grundwert der Partei gehe: Solidarität.

Die Fraktion bestätigte ihre Forderung nach einer europaweiten Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte. Nur mit Haushaltsdisziplin allein lässt sich die Zukunft nicht gestalten. Wie also lässt sich neues Wachstum schaffen? Eine der Antworten lautet für die SPD-Fraktion: Einführung einer Finanztransaktionssteuer als europäische Ressource.

Frank-Walter Steinmeier warnte, dass es mit einer Zustimmung der SPD zu den Rettungsmechanismen schwierig werde, wenn ihre Regierung beginne zu schachern, nur um eine eigene Mehrheit zu bekommen. „Es fehlt gänzlich in dem Kabinettsbeschluss eine Aussage über die künftige parlamentarische Beteiligung.“ Für die SPD gehe es um eine ausgewogene Lösung: Einerseits müsse der Bundestag sein Königsrecht, die Hoheit über den Haushalt, behalten. Zugleich müssten Rettungsmaßnahmen in der Schuldenkrise rasch möglich sein. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, wird nun mit den anderen Fraktionen in den nächsten Wochen über Lösungen beraten.

Steinmeier bekräftigte erneut das Eintreten für gemeinsame Staatsanleihen. Den Vorwurf, damit müsste sich Deutschland an einer Vergemeinschaftung von Schulden beteiligen, entkräftete er: Die Vergemeinschaftung der Schulden gebe es längst, etwa durch den Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB), für die alle Euro-Länder letztlich geradestehen müssen, ebenso für Rettungsgelder.

Zur schwarz-gelben Koalition sagte Steinmeier, er könne sich nicht an eine so negative Qualität bei einer Bundesregierung in den vergangenen Jahrzehnten erinnern. „Das ist ein Dauerstreit untereinander.“

MEDIENPOLITIK

Ungenügende Zwischenbilanz schwarz-gelber Kulturpolitik

Anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zu den "Vorhaben der Bundesregierung zur Sicherung der Medienvielfalt und Medienfreiheit" (Bundestags-Drucksache 17/6836) erklären der Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien, Siegmund Ehrmann, und der medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Dörmann:

"Ungenügend, versetzungsgefährdet" so muss das medienpolitische Zwischenzeugnis der Bundesregierung lauten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung der Medienfreiheit und Medienvielfalt angekündigt. Wir haben die Bundesregierung zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt um eine Zwischenbilanz zu den Vorhaben zur Sicherung der Medienvielfalt und Medienfreiheit gebeten. Zwar erkennt die Bundesregierung die medienpolitische Aufgabe an, dass eine "möglichst große Angebots- und Anbietervielfalt in allen Medienbereichen" gesichert und gefördert sowie ein "Höchstmaß an Medien- und Informationsfreiheit" ermöglicht werden muss, um die politische und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Schaut man sich jedoch die angekündigten Vorhaben und die ergriffenen Maßnahmen genauer an, wird sehr schnell deutlich, dass diese Bilanz dürftig ist.

Die von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesinitiativen zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes und zum Schutz der Pressefreiheit sind ungenügend oder lassen seit mehr als einem Jahr auf sich warten, so wie der "Dritte Korb" zum Urheberrecht. Im Entwurf zur Novellierung des Telekommunikationsrechtes fehlt die aus unserer Sicht zwingend notwendige gesetzliche Verankerung der Netzneutralität zur Wahrung der Medienvielfalt. Leistungsfähige Infrastrukturen sowie Offenheit und Vielfalt von

Diensten und Inhalten im Internet sind Voraussetzungen für die Gewährleistung der Medienfreiheit und Medienvielfalt.

Das parlamentarische Verfahren zum Gesetzentwurf zur Stärkung der Pressefreiheit ist ins Stocken geraten, weil sich die Koalition nicht auf eine gemeinsame Linie verständigen kann. Vor diesem Hintergrund überrascht die Antwort der Bundesregierung, dass über den Gesetzentwurf hinaus kein Handlungsbedarf bestehe, da doch zugleich eine Überprüfung des Bundesministeriums der Justiz stattfindet, ob und inwieweit die Zeugnisverweigerungsrechte der Journalisten gestärkt werden können. Inwieweit schließlich die Vorarbeiten zur Reform des Urheberrechts einen Beitrag zur Sicherung der Medienvielfalt leisten können, ist derzeit völlig offen, da die angekündigte Vorlage eines entsprechenden Referentenentwurfs seit einem Jahr überfällig ist.

Defizite auf europäischer Ebene

Einzig das klare Bekenntnis der Bundesregierung zur Bedeutung des Pressegrosso als funktionierende diskriminierungsfreie und flächendeckende Verteilung für die Vielfaltsicherung ist zu begrüßen. Der weit-aus größte Teil der Verlage hat inzwischen langfristige Verträge abgeschlossen, die auch auf die Gemeinsame Erklärung zum Erhalt des Pressegrosso aus dem Jahr 2004 Bezug nehmen. Festzuhalten ist jedoch, dass ein Teil der Verlagslandschaft diese wichtige diskriminierungsfreie und flächendeckende Vertriebsstruktur noch immer in Frage stellt und eine Einigung derzeit nicht absehbar ist. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern eine gesetzliche Verankerung des Pressegrosso sicherzustellen, um die Medienvielfalt dauerhaft gewährleisten zu können.

Völlig unbefriedigend sind die Antworten der Bundesregierung zu den Aktivitäten, um Medienvielfalt und Medienfreiheit auch auf europäischer Ebene sicherzustellen. Angesichts der Ereignisse in Ungarn, aber auch in anderen europäischen Ländern reicht es nicht, den Partnern gegenüber die fundamentale Bedeutung der Frage der Geltung und Durchsetzung der Presse- und Medienfreiheit zum Ausdruck zu bringen. Notwendig sind Initiativen auf europäischer Ebene, um in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf die Wahrung der fundamentalen europäischen Grundrechte zu drängen. Seit dem Ende der ungarischen Ratspräsidentschaft sind hierzu allerdings kaum noch Stimmen zu vernehmen - und erst recht keine Initiativen erkennbar. Medienfreiheit und Medienvielfalt sind nicht nur unverzichtbar für jeden Einzelnen, sondern auch für die demokratische, offene und pluralistische Gesellschaft. Der Schutz der Kommunikationsgrundrechte und die Sicherstellung der Medienfreiheit und Medienvielfalt gehören daher zu den Grundprinzipien der Medienpolitik. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihre diesbezüglichen Bemühungen auf nationaler wie auch auf europäischer und internationaler Ebene deutlich zu verstärken. Ansonsten bleibt sie auch in der Medienpolitik versetzungsgefährdet.

PROJEKT ZUKUNFT

Auftakt zum Zukunftsdialog

Der diesjährige Tag der Ein- und Ausblicke, der Tag der offenen Tür des Deutschen Bundestages, begeisterte Tausende Besucherinnen und Besucher bei der SPD-Bundestagsfraktion. Unsere Gäste faszinierte nicht nur das vielfältige Unterhaltungsprogramm, sondern vor allem die Möglichkeit, Politik aktiv mitzugestalten. Die dafür entwickelte Dialogwand bildete auch den Auftakt einer Reihe von Zukunftsdialogen der SPD-Fraktion.

Diese Zukunftsdialoge finden im Rahmen des „Projekts Zukunft“ statt, mit dem die Fraktion ein Politikkonzept entwickelt, das den Weg unseres Landes bis zum Ende des Jahrzehnts beschreibt. Ziel ist es, Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben. Das Leitbild der SPD-Bundestagsfraktion ist dabei ein neues Verständnis von Fortschritt, das die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Fraktion im Bundestag insgesamt sieben unterschiedliche Projektgruppen eingerichtet. Sie bilden das Herz vom „Projekt Zukunft“. In den kommenden Wochen und Monaten bearbeiten diese Projektgruppen die zentralen und drängendsten Modernisierungsfragen für unser Land. Entscheidend ist, dass die Antworten darauf in einem intensiven Dialog mit den Menschen und gesellschaftlichen Gruppen entwickelt werden.

Mit diesen Zukunftsdialogen findet vor Ort ein offener Austausch mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Intellektuellen, Kreativen und Engagierten statt. Sie bieten der SPD-Fraktion die Gelegenheit, gemeinsam mit ihnen fundierte Politik zu entwickeln und so auch die Übernahmen der Regierungsverantwortung vorzubereiten. „Unser Projekt heißt Zukunft“ will die Bürgerinnen und Bürger auffordern, sie gemeinsam mit uns zu gestalten. Die positive Resonanz auf die Dialogwand zeigt, dass wir damit bereits erfolgreich gestartet sind und den richtigen Weg beschreiten. Jeder Abgeordnete ist eingeladen und gebeten, sich an dem Großprojekt (auch vor Ort) zu beteiligen.

Das wünschen sich die Bürger für 2020

Die Zukunft wird für alle Menschen immer unberechenbarer. Das liegt nicht nur an den Finanz- und Wirtschaftskrisen, das liegt auch an der Globalisierung, der wachsenden Zahl älterer Menschen und Nachwuchsmangel. Auch soziale Gruppen und Kulturen wandeln sich immer schneller.

Darum hat die SPD-Bundestagsfraktion mehrere Projekte beschlossen, um im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu erarbeiten – als Zeitrahmen haben wir das Jahr 2020 gewählt. Bei dem Vorhaben geht es um die Bereiche Infrastruktur, Ordnung für Arbeit, einen Kreativpakt, ein Steuer- und Finanzierungskonzept, Ganztagschulen, Integration, Gleichstellung und Generationenfragen. „Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung“, sagt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Die SPD-Fraktion werde „im offenen Dialog mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Intellektuellen, Kreativen und Engagierten fundierte Politik“ entwickeln – und die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten.

An unserem Tag der Ein- und Ausblicke im Reichstagsgebäude haben wir den Bürgerinnen und Bürger unser Großprojekt direkt vorgestellt. Der Clou: Jeder konnte mitmachen, jeder konnte sich einbringen. An einer so genannten Dialogwand vor dem Fraktionssaal der SPD waren die Leitbegriffe und Ideen des „Projekts Zukunft“ vorformuliert. Jeder, der wollte, konnte sich eine selbstklebende Kachel nehmen und sie beschriften mit seinen Erwartungen und Wünschen und dann an die Stoffwand kleben. Es ging um Antworten auf die Fragen wie „Was wünschen Sie sich für 2020? Was ist für Sie Gute Arbeit? Was muss die Politik dafür tun?“

Viele Menschen ließen sich durch die dutzenden, bereits von anderen Bürgern angeklebten Antworten inspirieren, manche standen vor den Wänden und lasen minutenlang die Antworten. Es ergaben sich spontan Gespräche mit den anwesenden Abgeordneten über eben diese Antworten.

Die SPD-Fraktion hat diese Einlassungen und Wünsche der Menschen nun vollständig ausgewertet. Dabei kam heraus, dass die Bürger besonderen Wert legen auf Gerechtigkeit bei Bildung und Arbeit, auf gerechte Löhne, mehr Anerkennung und nicht so drastische Unterschiede zwischen Armen und Reichen.

Hier einige Beispiele, was die Bürger sich wünschen:

Globale Verantwortung heißt für mich ...

- vernünftige, engagierte Europäische Unions-Politik
- dass meine Enkel noch eine „Lebenswelt“ erleben dürfen.
- in Deutschland zu beginnen: Tempo 130 auf der Autobahn; nur 3-Liter-Autos; erneuerbare Energie aus jeder Steckdose.

Politik muss dafür sorgen, dass ...

- die Kinder auf dieser Erde nicht mehr hungern
- Ausgeglichener Haushalt – keine Neuschulden – Tilgung der Altschulden, das dadurch verfügbare Geld für mehr Bildung und Sicherheit.
- Mehr Gerechtigkeit und Gleichheit!

Für Deutschland im Jahr 2020 wünsche ich mir...

- dass man nicht mehr Geld durch Geld verdient, sondern durch Wertschöpfung.
- 1. Mindestlohn einführen ab 2013! 2. Keine US-Atomwaffen in der BRD ab 2013.
- dass Atomstrom der Vergangenheit angehört.
- Ein Diskriminierungsverbot bzgl. sexueller Identität im GG

Nachhaltig wirtschaften heißt für mich, ...

- Bildung verbessern, Schulpolitik auf Länderebene zusammen gestalten! Mehr Europa! Gerechter Lohn, Regulierung Finanzsystem.
- Es beginnt im persönlichen Haushalt: Lebensmittel nur in den Mengen einkaufen, wie sie gebraucht werden. Abfälle vermeiden bzw. sortiert entsorgen. Den eigenen Garten nicht nur für Blumen und Spaß nutzen, sondern auch für den Gemüseanbau.
- Wohlstand nicht auf dem Rücken anderer zu schaffen und zu gestalten.

Solidarisches Miteinander heißt für mich, ...

- Kostenfrei, qualifizierte Kinderbetreuung – ganztägig und für alle.
- Auch dort zu kritisieren, wo Kritik angebracht, aber nicht „PC“ ist.
- a) dass die Bedürfnisse von jedem Menschen gedeckt sind.
b) es kein Unterschied zwischen arm (Hartz 4) und reich gibt.
c) Und die Welt nicht zerstört wird.

Gleiche Chancen heißt für mich, ...

- dass es keine Unterschiede zwischen Ost und West mehr gibt.
- dass alle Minderheiten in der Politik vertreten sind.
- Das Unmögliche möglich machen und ein funktionierendes Bildungssystem einzurichten.
- gleiche Gehälter für Männer und Frauen!
- Kinder in Deutschland brauchen auch Hilfe! Es ist unfair, dass manche Hartz IV Empfänger mehr Geld haben als arbeitende Personen.
- Als 58-jähriger Arbeitsloser, der keinen Job mehr bekommt nicht in Hartz IV gedrängt zu werden.

Gute Arbeit heißt für mich ...

- 1) Fördern und Fordern
- 2) Leistung zählt
- 3) Seine Interessen hinter denen der Gemeinschaft setzen.
- u.a. so viel zu verdienen wie mein männlicher Arbeitskollege
- Weniger Schulden für die nachfolgende Generation, eine gerechte Rentenauszahlung für die arbeitende Bevölkerung (mehr als Grundsicherung nach 40 Jahren)
- Selbstverwirklichung – im Einklang mit der Arbeit sein – nicht im Zwang! Angemessene Entlohnung auch für Bürger.
- Mindestlohn, von dem man leben kann. Für alle. Siehe fast alle anderen europ. Länder.
- Gleiche Entlohnung für Leiharbeiter und Festangestellte
- Bezahlbare Mieten für alle!
- Mehr Gerechtigkeit zwischen arm und reich.

Übrigens: Wer seine Adresse hinterließ, nahm automatisch an einer großen Verlosung teil. Der Hauptgewinn war eine Einladung zum Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion inkl. Hotelübernachtung.

PERSONALIE

Siegmund Ehrmann wird Mitglied im Stiftungsrat

Der Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien, Siegmund Ehrmann, wird Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

PRESSEMITTEILUNGEN

Zynischer Umgang der Bundesregierung mit Rüstungsexportrichtlinien

08.09.11 - 1014

Zu einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage hinsichtlich des Verdachts des Weiterverkaufs von G-36 Sturmgewehren durch Saudi-Arabien erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Eler:

Der Umgang der Bundesregierung mit den strengen deutschen Rüstungsexportrichtlinien wird immer fahrlässiger und haarsträubender. Offenbar ignoriert die Bundesregierung ernst zu nehmende Hinweise, dass in Lizenz produzierte G-36 Sturmgewehre der Firma Heckler & Koch von saudi-arabischer Seite auf internationalen Waffenmessen und im Internet zum Verkauf angeboten werden. Das ARD-Magazin "Kontraste" hatte kürzlich darüber berichtet. Auf die Frage, wie sie auf diese offensichtliche Verletzung der sogenannten Endverbleibsklausel, nach der importierte oder in Lizenz produzierte Waffen nicht an Dritte weiterverkauft werden dürfen, zu reagieren gedenke, antwortet die Bundesregierung nun, dass "in der bloßen Präsentation der Güter im Internet oder auf einer Messe (...) insbesondere noch kein Angebot zu sehen (sei), die G-36 Sturmgewehre ohne die Zustimmung der Bundesregierung an Dritte zu liefern".

Es bedarf schon einer gehörigen Portion Zynismus, wenn man den Zusammenhang zwischen Präsentation und damit Verkaufsangebot und Verkaufsabsichten leugnet. Zu welchem Zweck sollen denn sonst die Waffen "präsentiert" werden? Dazu schweigt die Bundesregierung in ihrer Antwort.

Die Bundesregierung muss ihrer Verpflichtung nachkommen und gegenüber Saudi-Arabien auf die Einhaltung der Endverbleibsklausel bestehen. Ein Verstoß gegen diese verbindliche Regel kann nicht hingenommen werden. Die Bundesregierung kann nicht weiter einfach die Augen verschließen, wenn solche Regelverstöße in der Öffentlichkeit vorbereitet oder gar vollzogen werden.

Westerwelle-Debatte: Es wird doch weiter gehen

31.08.11 - 980

Zu den FDP-Versuchen, das Thema Westerwelle abzuhaken, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Eler:

Philipp Rösler erklärt die Westerwelle-Debatte kurzerhand für beendet. Die Kritik sei sowieso nur von der Opposition gekommen - eine Behauptung, die das tiefe Vertrauen des FDP-Chefs in das Kurzzeitgedächtnis der deutschen Öffentlichkeit offenbart. Jetzt ist also alles wieder in Ordnung.

Wirklich? Nebenbei drückt Rösler seine Zufriedenheit darüber aus, dass Westerwelle dem Kurs, den er in der wichtigen Libyen-Frage vorgegeben habe, letztlich klar gefolgt sei. Da sind wir aber froh.

Man muss sich allerdings verdeutlichen, was das für die politische Kultur in dieser Regierungskoalition bedeutet. Deutschland hat einen Außenminister auf Bewährung, dessen Bewährungsaufgaben vom FDP-Vorsitzenden definiert werden. Die Nähe zum Strafrecht ist nicht zufällig. Herr Rösler, eigentlich Wirtschaftsminister mit begrenzter internationaler Erfahrung, entscheidet über die Linien der deutschen Außenpolitik, der eigentliche Außenminister führt sie brav aus. Die Bundeskanzlerin schaut sich das in aller Ruhe an und lässt es geschehen. Kein mit Deutschland vergleichbares Land leistet sich eine solche Selbstdemontage.

Westerwelle: Außenminister auf Abruf

29.08.11 - 977

Zur Entscheidung der FDP, an Außenminister Westerwelle festzuhalten, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Das ist keine schleichende, sondern eine galoppierende Demontage eines Ministers. Deutschland mit seinen vielen internationalen Pflichten leistet sich erstmals einen Außenminister auf Abruf. Er darf noch ein bisschen weitermachen, nachdem er gegenüber Parteichef Rösler eingeknickt ist und nachträglich halbherzig die Rolle der NATO bei der Unterstützung der libyschen Rebellen anerkannt hat. Wer soll einen von den eigenen Leuten zurechtgestutzten Außenminister international eigentlich noch ernst nehmen?

Doch längst ist das Problem Westerwelle zu einem Problem der Kanzlerin geworden, die ihre Richtlinienkompetenz nicht wahrnimmt. Die "ungezogenen Kleinen" von der FDP dürfen machen, was sie wollen. Dies geht zulasten des Landes.

Deutsche Libyen-Politik: Was gilt denn nun, Herr de Maizière?

26.08.11 - 972

Zu den widersprüchlichen Aussagen von Mitgliedern der Bundesregierung über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr in Libyen, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler:

Vor wenigen Tagen wollte Verteidigungsminister de Maizière eine mögliche Anfrage an Deutschland hinsichtlich eines Bundeswehreinsetzes in Libyen noch "konstruktiv prüfen." Heute erklärt derselbe Minister, dass er davon ausgehe, "dass die künftige libysche Regierung selbst für die Sicherheit im Land sorgen kann und dazu keine Hilfe von außen braucht."

Doch damit ist noch nicht genug Verwirrung gestiftet. Zeitgleich warnt sein Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt vor einer sogenannten "Ausschließeritis". "Es kann sein, wenn die Vereinten Nationen, die EU oder die NATO das für notwendig halten, dass man zu Stabilisierungshilfe auch mit militärischen Elementen aufgefordert wird" so Schmidt, um dann zu schlussfolgern: "Natürlich würden wir dann im Rahmen unserer eigenen Interessen und unserer internationalen Verantwortung nicht abseits stehen können."

Ja, was denn nun? Ganz offensichtlich hat sich die Bundesregierung nicht nur völlig verrannt in ihrer Libyen-Politik, sie verheddert sich auch noch zusehends in einem selbstverursachten Stimmengewirr, als wolle man täglich in der Außen- und Sicherheitspolitik die Kritik von Ex-Bundeskanzler Kohl an der neuen deutschen Unberechenbarkeit bestätigen.

REDE VON GERNOT ERLER

Gernot Erler in der 123. Sitzung des Deutschen Bundestages, 7. September 2011: Haushaltsberatungen Einzelplan 05 Auswärtiges Amt

Dr. h. c. Gernot Erler (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Außenminister, ich habe vor, tatsächlich über Ihre Außenpolitik zu sprechen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Stefan Liebich (DIE LINKE))

Sie haben eben den Beweis dafür erbracht, dass Sie auch nach zwei Jahren noch immer nicht in diesem Amt angekommen sind,

(Heidmarie Wiecek-Zeul (SPD): Das wird er auch nicht mehr schaffen!)

obwohl Sie den Titel tragen. Insbesondere die erste Hälfte Ihres Auftretens war eine Zumutung für dieses Hohe Haus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Außenminister, lange Zeit ist Ihre Außenpolitik von einer Mehrheit der Kommentatoren als konturlos und ohne Wirkung kritisiert worden. Das war zutreffend, aber noch nicht besorgniserregend. Seit März dieses Jahres hat sich das geändert. Inzwischen sind Sie zur Personifizierung einer deutschen Außenpolitik von befremdender Gestalt und verhängnisvoller Wirkung geworden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben durchgesetzt, dass sich Deutschland am 17. März im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen enthalten hat, als es um den Schutz der libyschen Zivilbevölkerung ging.

(Birgit Homburger (FDP): Weil wir das ablehnen mussten! Da steckt viel Überzeugung dahinter!)

Dabei haben Sie Deutschland in einer noch nicht da gewesenen Weise gleichzeitig von so wichtigen Verbündeten wie den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien entfernt. Das von Ihnen verweiger- te Ja zur Resolution 1973 hat nachweislich dazu geführt, dass ein bevorstehendes Massaker an der Zivil- bevölkerung von Bengasi, einer Stadt mit 700 000 Einwohnern, erst in letzter Minute verhindert wurde.

(Widerspruch bei der FDP - Dr. Bijan Djir-Sarai (FDP): Wie war denn Ihre Position!)

Die Problematik dieser Entscheidung ist seither in der deutschen Öffentlichkeit ausreichend diskutiert wor- den. Auf Ihre Haltung hat das keinerlei Wirkung gehabt. Der Begriff „Einsicht“ taucht in Ihrem Reaktionsre- pertoire offensichtlich grundsätzlich nicht auf.

Ich möchte mich deshalb auf einen anderen Punkt konzentrieren, nämlich darauf, dass Sie in der Folge Ihr- er Entscheidung die ganze deutsche Außenpolitik auf die schiefe Bahn gebracht haben. Das fing damit an, dass Sie am 17. März ein innenpolitisches Kalkül - den Blick auf die Wahlen vom 27. März - zur Grund- lage Ihrer Entscheidung gemacht haben. Je offensichtlicher dieses Kalkül nicht aufging, desto rascher sind Sie auf dieser schiefen Bahn vorangeeilt. Um dem wachsenden Rechtfertigungsdruck zu begegnen, fingen Sie an, unsere Verbündeten, die sich zu einem militärischen Vorgehen entschlossen hatten, quasi von au- ßen zu kritisieren. Als das auch nicht weiterhalf, präsentieren Sie einer ziemlich sprachlosen Öffentlichkeit plötzlich eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik: Die Welt habe sich verändert, es gebe neue Kraftzentren, etwa um China und Russland, und auf diese müsse sich die deutsche Außenpolitik stärker ausrichten. In diesem Lichte erschien die Konstellation vom 17. März - die Entfernung von Paris, London und Washington und die Abstinenz gemeinsam mit China und Russland - plötzlich nicht mehr als unglück- licher Umstand, sondern sie war gewollt; das war der Beginn einer Neuorientierung der deutschen Außen- politik. Als dann nach fünf schwierigen Monaten die libyschen Rebellen mithilfe der NATO das Gaddafi- Regime endlich vertreiben konnten, haben Sie diesen späten Erfolg nicht etwa anerkannt, sondern für Ihre nichtmilitärische Sanktionspolitik reklamiert - eine neue Provokation, speziell der Verbündeten, aber auch allgemein des gesunden Menschenverstandes.

Herr Westerwelle, damit haben Sie das Fass zum Überlaufen gebracht, selbst in Ihrer eigenen Partei. Herr Rösler zog die Reißleine und hat Sie zum Außenminister auf Bewährung degradiert - ein echtes Novum in der deutschen politischen Kultur;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

denn plötzlich liegt die Richtlinienkompetenz für die deutsche Außenpolitik beim FDP-Vorsitzenden und nicht mehr im Kompetenzzentrum am Werderschen Markt.

Wenn man sich das Ganze anschaut, muss man sagen: Vor allen Dingen ist es ein Tiefpunkt, dass die jetzt aus dem Hut gezauberte Reorientierung der deutschen Außenpolitik auf neue Kraftzentren der Welt Ihre Politik erklären sollte. Dieser Kurswechsel war als gar nichts anderes als eine nachträgliche Plausibili- tätserklärung für die Entscheidung des 17. März verstehbar, die im In- und Ausland eine katastrophale Diskussion zur Verlässlichkeit Deutschlands als Partner ausgelöst hat.

In welche gefährliche Ecke uns diese schiefe Bahn geführt hat, kann man daran sehen, dass sich gleich zwei ehemalige Bundeskanzler, Helmut Kohl und Helmut Schmidt, veranlasst sahen, in genau dieser Situ- ation das Wort zu ergreifen. Diese Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, waren nicht beiläufig;

hinter ihnen wurde eine echte Sorge spürbar, nämlich die um den Grundkonsens in der Außenpolitik der Bundesrepublik, der jahrelang parteiübergreifend gegolten hat.

Deutschland, mit seiner Verantwortung für zwei Weltkriegskatastrophen im vergangenen Jahrhundert als historisches Gepäck und als stärkstes und bevölkerungsreichstes Land Europas muss bei der Selbstintegration in die beiden großen kollektiven Systeme, nämlich in die westliche Allianz und die Europäische Union, immer vorangehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Tom Koenigs (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Selbstintegration bedeutet eine bewusste Einschränkung unserer Souveränität, bedeutet die gewollte Unterordnung im Kollektiv mit einer starken Rolle unserer Partner und bedeutet Verzicht auf jeden Sonderweg. Ich finde es schon erstaunlich, dass Sie hier von Konstanten deutscher Außenpolitik reden und gar nicht merken, dass Sie in den letzten Monaten der größte Beschädiger dieser Konstanten gewesen sind.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nur in der Befolgung dieser Prinzipien hat Deutschland nach 1945 seinen Weg zurück in die europäische Völkerfamilie gefunden; darauf haben die beiden Bundeskanzler hingewiesen. Nur so konnte ein Vertrauen bei unseren westlichen und östlichen Nachbarn aufgebaut werden, ohne das es nie zu einer Wiedervereinigung gekommen wäre. Nur so wird Deutschland seiner Mitverantwortung für ein starkes und handlungsfähiges Europa gerecht.

Verlässlichkeit und Vertrauen kann man verspielen, vertändeln durch Beliebigkeit und Unberechenbarkeit, durch unvorbereitete Neuorientierungen der deutschen Außenpolitik. Herr Außenminister, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass weder die deutsche noch die internationale Öffentlichkeit Ihnen zutraut, all das wieder zurechtzubiegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Sie in der Sache kritisiert; aber Ihre eigenen Leute haben Sie gnadenlos in Ihrer Funktion demontiert.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt! - Zuruf von der FDP: Blödsinn!)

Ihre liberalen Freunde waren es, die Sie zu einem Außenminister auf Abruf degradiert haben. Da schließt sich der Kreis zum 17. März: Wieder steht ein kurzfristiges innenpolitisches Kalkül hinter der Entscheidung Ihrer Parteifreunde, Sie noch ein Weilchen Außenminister sein zu lassen. Ich kann das nur als äußerst deprimierend bezeichnen, für Sie, für das kompetente und engagierte Amt, dem Sie vorstehen, und für Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt nur einen logischen Schluss aus dieser verheerenden Bilanz: die Aufforderung an Sie, endlich selber die Konsequenzen zu ziehen und nicht zu warten, bis dies andere für Sie tun.

(Beifall bei der SPD)